Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

03.07.2016 Nr. 90

Inhalt:

Für Anrufbus in Papenburg	S. 01	Neues Stadtviertel	S. 03
Bürgerprotest gegen Biogasanlage	S. 01	Wirtschaftsregion von Dörpen bis Westoverledingen	S. 04
Für ein eigenes Tierheim in Papenburg	S. 03	Für Fussgängerzone am Hauptkanal	S. 04
Rückkehr der Ems-Vechte-Welle nach Papenburg	S. 03	Für Tempo 30 vor Schulen	S. 04

Juli 2006

Für Anrufbus in Papenburg

Die SPD-Fraktion wollte sich erneut für die Einführung des Anrufbusses in Papenburg einsetzen. Nach den Erfahrungen mit dem Anrufbus im Landkreis Leer war sie davon überzeugt, dass dieses Konzept auch für Papenburg umsetzbar wäre.

Während die Gemeinde Bunde auf die Einführung des Anrufbusses sehnsüchtig wartete, war in Papenburg die Diskussion um den Anrufbus verstummt. Die Stadt Papenburg war bereits in Form einer digitalen Straßenkarte im Computer des Anrufbus vorhanden. Die technischen Voraussetzungen für die Ausweitung des Anrufbusses waren somit vorhanden. Es mussten nur noch zwei zusätzliche Fahrzeuge eingesetzt werden.

Von der SPD wurde der Einsatz des Anrufbusses in Papenburg unabhängig von dem Linienverkehr als sinnvolle Ergänzung des ÖPNV angesehen. Gerade für die Ortsteile im Außenbereich von Papenburg bot sich der Anrufbus als Möglichkeit für ältere Mitbürger, Behinderte, Frauen ohne eigenen PKW, Kinder und Jugendliche aber auch Touristen als Möglichkeit für selbstbestimmte Mobilität an.

Bürgerprotest gegen Biogasanlage

Zu einem großen Thema mit großem Bürgerprotest entwickelte sich in Aschendorfer Moor der geplante Bau einer Biogasanlage.

Biogasprotest: Jetzt wird Verein gegründet

Über 200 Interessierte bei Bürgerversammlung – Nächstes Treffen am kommenden Mittwoch

hh **PAPENBURG. „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren" – unter diesem Motto stand die Bürgerversammlung zum geplanten Bau von zwei Biogasanlagen in Aschendorfermoor und Herbrum. Etwa 200 Interessierte kamen am Mittwochabend in das Dorfgemeinschaftshaus in Aschendorfermoor. Sie informierten sich fast drei Stunden über den Stand der Dinge, hörten Politikern aus dem Stadtrat zu und brachten eine Vereinsgründung voran.**

Unübersehbar: In Aschendorfermoor machen die Einwohner an der Straße ihren Unmut über die geplanten Biogasanlagen mit Plakaten und Spruchbändern deutlich. Foto: Gerd Schade

Der Initiator der Versammlung, Rastherr Günther Padubrin, stellte zunächst in sachlicher Art und Weise die Ausgangslage dar. Er erklärte die Funktionsweise einer Biogasanlage, ging auf Geruchsemissionen ein und sprach über die Dimensionen des Anlieferverkehrs (bis zu 140 Lkw täglich von Mitte September bis Mitte Oktober). Zudem beschrieb er detailliert, wie die Vorhaben der zwei Investoren aussehen. Dabei stellte er klar: „Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Anlagen, aber nicht an diesen Standorten. Es gibt bessere." Im zweiten Teil ging er in die Offensive. „Wir haben noch nicht verloren. Wir erwarten jetzt, dass die Betreiber sich hier vor Ort stellen und Zahlen und Fakten nennen." Dann skizzierte er das weitere Vorgehen. „Wir wollen am kommenden Mittwoch ab 20 Uhr hier im Dorfgemeinschaftshaus einen Verein gründen, um unserem Protest eine feste Struktur zu geben und effektiv zu werden." Der Verein werde einen Rechtsanwalt beauftragen, der „uns dann bei dem weiteren Planungsverfahren professionell unterstützt". Für die Finanzierung dieses Rechtsbeistandes gebe es erste positive Signale. Padubrin: „Wir haben eine größere Spende zu erwarten."

Weniger sachlich orientiert waren die Ausführungen von Friedhelm Hobbod. Der Anwohner hielt nicht lange hinterm Berg, „auch wenn das nicht für alle Ohren angenehm ist". Die Anlagen seien eine Geldmaschine für wenige, und vor Ort würden nur zwei Landwirte durch den Verkauf ihrer Flächen zu horrenden Preisen verdienen. In Richtung CDU-Fraktion, die für die Planungen im Rat gestimmt hatte, formulierte er: „Woher nehmen Sie das Recht, so gegen die Bevölkerung zu entscheiden? Warum wollten Sie das unbedingt schnell und heimlich durchboxen?" Er forderte die Bürger auf, alle „rechtlichen und menschlichen Mittel" gegen die Planungen auszuschöpfen, damit „wir wenigstens sagen können: Wir haben alles versucht."

„Nicht fair behandelt"

In der sich anschließenden Diskussion meldete sich unter anderen Reiner Borrmann zu Wort. Er betreibt in der Nähe der geplanten Anlagen eine Gärtnerei. „Wir fühlen uns von der Stadt und der Politik missbraucht. Sie haben uns nicht fair behandelt. Ohne Rücksprache werden wir als Abnehmer von Energie der Anlagen genannt." Es sei nicht besprochen worden, ob für die Gärtner die Bedingungen bei den geplanten Anlagen passten. Borrmann berichtete zudem von einem Gespräch mit Wirtschaftsförderer Winfried Nehe. „Er hat zu mir vor Wochen gesagt, dass die Anlagen nicht kommen werden." An die CDU richtete er den Appell: „Warum sagen Sie nicht: Mensch, wir haben einen Bock geschossen?"

Äußerungen der Ratspolitiker und von Bürgermeisterkandidaten lesen Sie in der Rubrik „Wörtlich". Zudem finden Sie auf Seite 15 eine Stellungnahme des Landvolkes zu dem Thema.

Ems-Zeitung 28.7.2006

„Es hat in allen Parteien zunächst Konsenz über die geplanten Anlagen gegeben. SPD und FDP haben uns dann im Rat mit ihrer Haltung überrascht. Die Landwirte haben die Verantwortung für Grund und Boden. Sie entscheiden durch ihr Verhalten, ob die Anlagen gebaut werden. Nehmen Sie als Bürger das angeschobene Verfahren an. Es ist nur der erste Schritt. Nutzen Sie alle Beteiligungsmöglichkeiten."

Gerd Hanekamp, CDU-Fraktionsvorsitzender

„Wir haben Fehler gemacht. Projekte müssen mehrheitlich von der Bevölkerung getragen werden. Wenn im Rat geheim abgestimmt worden wäre, dann wäre das Projekt schon gestorben. Die FDP und SPD haben das im Wahlkampf missbraucht. Sie waren zuvor auch für die Anlagen. Wir mussten so abstimmen."

Dr. Volker Eissing, CDU-Ratsherr

„Unser Fehler war: Wir haben die Bürger nicht zu Wort kommen lassen. Wir waren nicht sensibel genug. Die Fraktion musste in Wahlkampfzeiten zusammenhalten. Wenn geheim abgestimmt worden wäre, dann wären die Standorte weg."

Ursula Mersmann, CDU-Ratsherrin

„Alle Seiten haben Fehler gemacht. Es ist noch nichts passiert. Wir als Politiker können nicht zu allem gleich Nein sagen, dann hätte sich Papenburg nicht so gut entwickeln können."

Hermann-Josef Abeln, CDU-Ratsherr

„So wie es gelaufen ist, kann es nicht gehen. Bei mir als Bürgermeister wird es das so nicht geben, die Bevölkerung wird mehr einbezogen. Wir müssen die Standortfrage noch einmal diskutieren."

Helmut Stavermann, CDU-Bürgermeisterkandidat

„Alle Vorlagen der Verwaltung waren ergebnisoffen. Wir wollten eine öffentliche Abstimmung, damit jeder weiß, wo welcher Ratsherr steht. Es ist eine Frage der Zivilcourage, wie man sich in der öffentlichen Abstimmung verhält."

Hartmut Bugiel, SPD-Bürgermeisterkandidat

„Der Prozess der CDU, mit ihrer Mehrheit auf ihre Art und Weise Politik zu machen, ist jetzt auf dem Gipfel."

„Peter Raske, SPD-Ratsherr

Ich bin auf dem falschen Dampfer mitgefahren, als ich mich für Standorte ausgesprochen habe. Ich spüre den Willen der Bürger. Ich habe mich geirrt. Ich entschuldige mich."

Hermann-Josef Averdung, FDP-Ratsherr

„Ich ziehe vor dem Mut von Frau Mersmann den Hut. Wir werden dafür arbeiten, dass die CDU-Mehrheit bricht und eine solche Politik nicht mehr möglich ist."

Nikolaus Schütte zur Wick, Bürgermeisterkandidat der Grünen

Vereinsgründung

Voraussetzungen für die Gründung eines Vereins sind **mindestens sieben Personen**, die dem Verein beitreten wollen. Es ist eine Gründungsversammlung abzuhalten, in der eine **schriftliche Satzung** zu beschließen ist, die unter anderem den **Vereinszweck** detailliert beschreibt. Zudem muss ein Vorstand nach den Vorschriften der gerade beschlossenen Satzung gewählt werden. Über die Wahl muss ein Protokoll angefertigt und vom vorher gewählten Versammlungsleiter und dem Protokollführer unterschrieben werden.

Falls die Mitgliederversammlung laut Satzung über die **Höhe des Mitgliedsbeitrags** beschließen soll, muss die Höhe ebenfalls im Protokoll erfasst werden. Der Vorstand muss den Verein anschließend zur **Eintragung in das Vereinsregister** beim zuständigen Amtsgericht (Registergericht) schriftlich anmelden. Der Antrag muss von allen vertretungsberechtigten Vorstandsmitgliedern unterzeichnet und durch einen Notar beglaubigt sein.

Verfolgt der Verein **gemeinnützige Zwecke**, sind zudem Steuererleichterungen möglich. Die Anerkennung der so genannten Gemeinnützigkeit muss beim Finanzamt beantragt werden.

Zur Gründung eines eingetragenen Vereins (e.V.) ist **kaum Kapital nötig**. Geringe Kosten fallen an durch die notwendige Beglaubigung des Notars (Kosten ca. 20 Euro) und durch die Eintragung in das Vereinsregister (Eintragungskosten 60 Euro).

Informierte über den Sachstand: Günther Padubrin. Foto: Hartwig

KOMMENTAR

Größe zeigen

Von Holger Hartwig

Eines hat der Abend im Dorfgemeinschaftshaus Aschendorfermoor gezeigt: Der Widerstand der Anwohner gegen die Biogasanlagen ist nicht zu brechen. Sie werden jedes Mittel nutzen, um die Anlagen zu verhindern. Das kostet im Genehmigungsverfahren viel Zeit – vielleicht zu viel aus Sicht der Investoren.

Außer Teilen der CDU-Fraktion – hier sind die Spaltungsentwicklungen nicht mehr zu übersehen – und den Investoren scheint niemand diese Anlage zu wollen. Das Landvolk im Altkreis sagt Nein. Die Vertreter der Gartenbauzentrale und zumindest ein Gärtner direkt vor Ort sagen Nein. Und die Anwohner rufen ihren Protest laut heraus. Kurzum: Das Projekt ist schon gescheitert, bevor es überhaupt richtig begonnen hat.

Gefordert ist die Papenburger CDU. Nur sie kann verhindern, dass noch mehr Zeit und Geld von Anwohnern, Verwaltung und Investoren „ausgegeben" wird. Als Ausweg die Verantwortung an die Landwirte zu delegieren, ist von der CDU feige und nicht das, was Kommunalpolitik leisten soll.

Wenn die Christdemokraten die Zeichen der Zeit erkennen, dann zeigen sie Courage. Im Klartext: Einen falschen oder nur aus Fraktionszwang getroffenen Beschluss korrigieren zu müssen ist für die CDU politisch bitter, aber immerhin besser, als durch den letzten Beschluss in der fünfjährigen Legislaturperiode die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre zu übertünchen.

Jetzt einen Rückzieher zu machen, ist ein Zeichen von Größe und schafft beim Wähler Vertrauen. Vertrauen darauf, dass Kommunalpolitik für das Wohl der Nachbarn gemacht wird und nicht unter dem Aspekt der Macht, eines Fraktionszwangs oder ausschließlich für Investoren.

h.hartwig@ems-zeitung.de

Ems-Zeitung 28.07.2006

August 2006

Für ein eigenes Tierheim in Papenburg

Nach der Kommunalwahl sollte nach Meinung der SPD erneut geprüft werden, ob in der Stadt Papenburg ein eigenes Tierheim eingerichtet werden könnte.

Die SPD war der Meinung, dass eine Stadt in der Größe von Papenburg ein eigenes Tierheim vorhalten müsste. Echtes christliches Engagement dürfte bei den Menschen nicht Halt machen, sondern schließt den Schutz der Tiere und der Natur mit ein. Seit Jahren bemühte sich die Stadt, für die Unterbringung von Fundtieren eine tiergerechte Lösung zu finden. Zuletzt scheiterte das Vorhaben, zusammen mit dem Sozialen Ökohof ein städtisches Tierheim zu errichten, an dem parteitaktischen Verhalten der CDU.

Um den derzeitigen unhaltbaren Zustand an der Kirchstraße zu verändern und weil abzusehen war, dass die jetzigen Betreuer aus Altersgründen dieser Aufgabe nicht mehr lange nachgehen konnten, war die SPD bereit, vorübergehend die Kosten für die Zusammenarbeit mit dem Verein Tierschutz Rheiderland e.V. mit zu tragen. Das dürfte aber nicht dazu führen, dass damit eine dauerhafte Verlagerung des Problems aus den Grenzen der Stadt Papenburg erfolgte.

Die SPD schlug vor, durch eine Zweckbindung der Hundesteuer und mit Arbeitsgelegenheiten des SGB II eine Lösung für ein Papenburger Tierheim zu schaffen. Wenn die Hundesteuer für ein vernünftiges Tierheim verwendet würde, wären Hundebesitzer auch dazu bereit, eine vielleicht notwendige Erhöhung der Hundesteuer mitzutragen.

Für Rückkehr der Ems-Vechte-Welle nach Papenburg

Nachdem CDU und FDP mit der Verabschiedung des Haushaltes 2005 das Ende des Studios der Ems-Vechte-Welle in Papenburg besiegelte, musste nach Auffassung der SPD neu über den Standort eines Studios in Papenburg nachgedacht werden. Der Wechsel des Studios nach Werlte hatte sich nicht bewährt. Es wurden kaum noch Sendungen aus Papenburg produziert. Deshalb forderte die SPD-Fraktion die Verwaltung auf, in neue Verhandlungen mit der Ems-Vechte-Welle zur Rückkehr des Papenburger Studios einzutreten.

Die Ems-Vechte-Welle war ein Sprachrohr vieler Vereine und engagierter Bürger, die dort ehrenamtlich Sendungen über das alltägliche Leben produzierten. Für viele junge Menschen in Papenburg war die Ems-Vechte-Welle eine Gelegenheit, aktiv Hörfunk zu erleben und zu gestalten. Für die meisten Radiomacher aus Papenburg war aber der Weg ins Studio Werlte zu weit. Eine sinnvolle Freizeitgestaltung mit viel ehrenamtlichem Engagement verschwand. Es wurden gewachsene Strukturen leichtfertig zerschlagen, die sich so leicht nicht wieder aufbauen lassen.

Nur durch das Einspringen der Gemeinde Werlte konnte die Ems-Vechte-Welle im Emsland überhaupt gerettet werden. Bevor aber das Studio wegen mangelnder Beteiligung geschlossen würde und um die Ems-Vechte-Welle im nördlichen Emsland wieder zu beleben, schlug die SPD vor, das Studio wieder nach Papenburg zurückzuholen.

SPD-Fraktion will Bürgerradio „Ems-Vechte-Welle“ zurück

„Wechsel nach Werlte hat sich nicht bewährt“ – Sprachrohr vieler Vereine

PAPENBURG/WERLTE. Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Papenburg fordert die Rückkehr der „Ems-Vechte-Welle“ in die Kanalstadt.

„Nachdem CDU und FDP mit der Verabschiedung des Haushaltes 2005 das Ende des Studios der ‚Ems-Vechte-Welle‘ in Papenburg besiegelten, muss nach Auffassung der SPD neu über den Standort eines Studios in Papenburg nachgedacht werden“, schreibt die SPD in einer Mitteilung an die Presse. Der Wechsel des Studios nach Werlte habe sich nicht bewährt. Es würden kaum noch Sendungen aus Papenburg produziert. „Deshalb fordert die SPD-Fraktion die Verwaltung auf, in neue Verhandlungen mit der ‚Ems-Vechte-Welle‘ zur Rückkehr des Papenburger Studios einzutreten“, heißt es weiter.

Für die SPD ist die Ems-Vechte-Welle ein Sprachrohr vieler Vereine und engagierter Bürger, die dort ehrenamtlich Sendungen über das alltägliche Leben in Papenburg und im Emsland produzieren. „Für viele junge Menschen in Papenburg war die Ems-Vechte-Welle eine Gelegenheit, aktiv Hörfunk zu erleben und zu gestalten. Es hat sich aber herausgestellt, dass für die meisten Radiomacher aus Papenburg der Weg ins Studio Werlte zu weit ist“, stellt Fraktionssprecher Peter Raske fest. Eine sinnvolle Freizeitgestaltung mit viel ehrenamtlichem Engagement sei verschwunden. Radiomachen sei auch Prävention gegen die alltägliche Langeweile mit ihren bekannten Folgen des Alkohol- und Drogenkonsums sowie von Zerstörung und Gewalttätigkeit, so die SPD.

Ems-Zeitung 01.08.2006

Für neues Stadtviertel

Nachdem die Planungen für das Gebiet am Turmkanal weitgehend abgeschlossen waren, schlug die SPD weitere städtebauliche Maßnahmen am Untenende vor. Als ein wesentliches Ziel für die zukünftige Gestaltung im Stadtmittebereich sah die SPD die Verlagerung von Produktionsstätten aus dem Stadtmittebereich in Gewerbe- und Industriegebiete.

Immer wieder kam es zu Störung der Friedhofsruhe durch die angrenzenden Industriebetriebe. Um hier Abhilfe zu schaffen, aber auch um weitere interessante städtebauliche Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, schlug die SPD vor, die gewerblichen bzw. industriellen Teile der Firmen Bunte und Nyblad in die Industrie- bzw. Gewerbegebiete zu verlagern. Ebenfalls am Hauptkanal als ein interessantes Gelände ohne sinnvolle Nutzung lag der Parkplatz hinter der Caritas-Station. Außerdem weitgehend unerschlossen waren das Krankenhauswäldchen und die angrenzenden Wiesen.

Die SPD schlug vor, das Gelände zwischen Kirchstraße, Richardstraße, Russelstraße und Moorstraße neu zu überplanen mit einem Nutzungsschwerpunkt für Bildung, technologische Dienstleistung und höherwertigesWohnen. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass eine landschaftsgestalterische Grünzone mit Krankenhauswäldchen und Friedhof für die Anwohner eingebunden würde. Neben einem interessanten Baugebiet könnte hier in Kooperation mit den Berufsschulen, der Handwerkskammer und durch die unmittelbare Nähe der Fachschulen des Krankenhauses und der Volkshochschule ein Kompetenz- und Bildungsstadtteil entstehen.

Mit dem Bau eines Kreisels am Hauptkanal zwischen Russellstraße und Hermann Lange Straße sollte die Verkehrssituation am Hauptkanal verbessert werden. Aus dem gleichen Grund sollte die Rettungswache des Krankenhauses auf den Marktplatz verlegt werden.

Wirtschaftsregion von Dörpen bis Westoverledingen

Die SPD war erfreut über die gute Entwicklung der regionalen Wirtschaft. Diese Entwicklung galt es mit einem Schulterschluss über Kreisgrenzen und Parteien hinweg in einem Verbund weiter zu entwickeln. Es sollte darüber nachgedacht werden, wie eine Wirtschaftsregion Dörpen, Papenburg, südliches Ostfriesland gebildet werden könnte, um die Kräfte zu bündeln und die Region zu stärken.

Hartmut Bugiel würde sich nach der Kommunalwahl als Bürgermeister dafür einsetzen, regelmäßig gemeinsame Sitzungen der Verwaltungsausschüsse der Stadt Papenburg und der Gemeinden Westoverledingen und Dörpen durchzuführen. Dabei sollten Themen wie Schiffsverkehr und Schulentwicklung ebenso behandelt werden wie Tourismus.

Ein Ausbau des Hafens in Papenburg war in Richtung Westoverledingen erforderlich. Eine frühzeitige Abstimmung mit der Gemeinde Westoverledingen wäre genauso notwendig wie eine Verständigung über die Aufgabenteilung der Hafenwirtschaft in Papenburg und Dörpen.

Vor dem Hintergrund der zukünftigen demografischen Entwicklung mit sinkenden Schülerzahlen sollte es eine Abstimmung darüber geben, wie die zukünftige Schullandschaft in den benachbarten Kommunen aussehen soll. Es müsste darüber nachgedacht werden, wie sich die Neugründung der Gymnasien in Dörpen und Ostfriesland auf die Region auswirken würde. Auch für den Berufsschulstandort Papenburg würden sich mit der Stärkung der Gymnasien und dem demografischen Wandel möglicherweise Veränderungen ergeben müssen.

Beim Tourismus gab es zwar schon mehrere gemeindeübergreifende Projekte wie zum Beispiel die Fehntour. Aber hier könnten auf dem Gebiet des Wassertourismus neue gemeinsame Wasserwanderwegenetze und Sportboothäfen entwickelt werden, die den Tourismus weiter stärkten. Ebenso könnten neben Betriebsbesichtigungen der Meyer-Werft und ADO die Papierfabrik in Dörpen oder die Gartenbaubetriebe in Halte in ein Programm aufgenommen werden, dass vom Zeitspeicher aus organisiert würde.

Für Fussgängerzone am Hauptkanal

Die SPD in Papenburg sprach sich für einen autofreien Hauptkanal auch im Winter aus. Der Sommer zeigte auch diesmal wieder, dass der Hauptkanal ein Aushängeschild für Papenburg war. Deshalb war es für die SPD unverständlich, dass nach dem August-Markt wieder die Autos den Hauptkanal befahren sollten.

Überall hinter den Geschäften des Haupt-kanals waren genügend Parkplätze vorhanden. Alle Geschäfte konnten in kürzester Zeit von diesen Parkplätzen erreicht werden. Im Gegensatz zu anderen Städten waren diese Parkplätze gebührenfrei und ohne Parkzeitbegrenzung. Es zeigte sich, dass die SPD mit ihrer Forderung nach einer Fußgängerzone am Hauptkanal richtig lag. Im Sommer blieb der Hauptkanal meistens autofrei. Doch einige, die im Winter den Hauptkanal mit dem Auto befuhren, konnten sich im Frühjahr nicht umgewöhnen oder wollten es nicht einsehen, dass im Sommer ihr Auto in der autofreien Zone nichts zu suchen hat.

Die SPD forderte deshalb erneut, den Hauptkanal ganzjährig für den Autoverkehr zu schließen. Gerade im Winter waren besonders Kinder durch Autos gefährdet. Die Abgase belasteten am meisten kleine Kinder auch oder gerade im Winter. Hinzu kam die Lärmbelästigung. Papenburg entwickelte sich zu einer schönen und reizvollen Stadt. Doch sie wäre noch schöner, wenn der Hauptkanal immer den Fußgängern gehörte. Dann könnte auch eine noch abwechslungsreichere Gestaltung erfolgen, die es den Geschäften erlaubte, auf der Straße auf sich aufmerksam zu machen.

Für Tempo 30 vor Schulen

Die SPD forderte seit langem Tempo 30 km/h vor jeder Schule in Papenburg. Die Forderung von Bürgern, an der L 51 (Splitting rechts) in Höhe der Splittingschule eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h anzuordnen, wurde vor kurzem von der Verwaltung mit dem Hinweis auf die Straßenverkehrsordnung abgelehnt. Deshalb begrüßte die SPD die Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen für die Einführung von Tempo 30 vor Schulen.

Hartmut Bugiel: „Das ist ein sinnvoller Vorschlag, denn die meisten Unfälle mit Kindern ereignen sich bei Schulen und Kindergärten.“

Aus Verantwortung für die Unversehrtheit der Kinder sollte deshalb jetzt sofort zu Beginn des neuen Schuljahres vor der Splittingschule Tempo 30 eingeführt werden. Die Verwaltung sollte Mut beweisen und sich über die jetzt noch geltende Straßenverkehrsordnung hinwegsetzen.

Bei der Straße an der Splittingschule handelte es sich nach Auffassung der SPD um einen Gefahrenschwerpunkt. Häufig fuhren Lastwagen beim Ampelwechsel auf Rot noch schnell mit über 60 km/h über die Kreuzung.